

Ende der Lockerungen rückt immer näher

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat vor einem drastischen Anstieg der Sieben-Tage-Inzidenz in Deutschland gewarnt. Im September schon könne die Marke von 400 und im Oktober die von 800 überschritten werden, wenn sich die derzeitige Entwicklung fortsetze, sagte Spahn. Derzeit gebe es bereits eine starke Steigerung der Infektionszahlen. Das Robert-Koch-Institut hatte am Mittwoch die Sieben-Tage-Inzidenz mit 11,4 beziffert, nach 10,9 am Dienstag. In der Pandemie wurde der Inzidenz-Wert immer als der entscheidende Wert genannt, wenn es um Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen ging. Aktuell scheint sich allerdings auch die Bundesregierung von diesem Faktor als einzigem Maßstab zu entfernen. Die steigenden Zahlen haben unter anderem bereits zur Folge, dass die nächsten Verschärfungen angedacht werden. So ist eine Idee eine dauerhafte Maskenpflicht.



Sehr geehrte Freunde der Republikaner, wir wollen in NRW an den Landtagswahlen teilnehmen. Für die Teilnahme ist die Sammlung von mindestens 1.000 Unterstützungsunterschriften notwendig. Wir appellieren daher an alle Mitglieder und Freunde unserer Partei: Sollten Sie in NRW wohnen, dann füllen Sie bitte das beigefügte Formblatt zur Landtagswahl aus und senden es unterschrieben an uns zurück. Abrufbar ist das Formular unter:

<https://www.rep-nrw.de/landtagswahl-nrw/>

Immer mehr Kinder von Armut betroffen

Immer mehr Kinder sind in Deutschland von Armut betroffen. 23 Prozent der unter 18-Jährigen sind es alle in Niedersachsen. Das sind etwa 300.000 Kinder alleine in diesem Bundesland und drei Prozentpunkte mehr als 2010. Damit habe sich die Kinderarmut ähnlich wie die allgemeine Armut in Niedersachsen negativer entwickelt. Die ökonomisch und sozial verschlechterte Lage schlage sich auch bei den Kindern nieder. Die Lage der Kinder in Ostdeutschland hat sich hingegen etwas verbessert - allerdings ausgehend von einem weit überdurchschnittlich hohen Armuts-Niveau.

Neben Niedersachsen ist auch in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bremen die Kinderarmut in den vergangenen Jahren gestiegen. Besonders hart seien kinderreiche Familien und Alleinerziehende von Armut betroffen. Die veröffentlichte Studie kritisiert, dass das Sozialsystem offenbar nicht ausreicht, um Kinderarmut effektiv zu verhindern.



In Würzburg musste die Bevölkerung erleben, wie sich fehlgeschlagene Asylpolitik auf die Sicherheit in unserem Land auswirkt. Ein abgelehnter Asylbewerber griff in der Fußgängerzone zahlreiche Passanten an, tötete 3 und soll bis zu 10 Personen teilweise lebensgefährlich verletzt haben. Inzwischen

werden auch vermehrt Hinweise bekannt, wonach es sich um einen islamistischen Migranten handelt. Der Täter ist einer von vielen sog. „Geflüchteten“, die 2015 nach Deutschland kamen, Asyl beantragten und „subsidiären Schutz“ erhielten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) lehnte den Asylantrag des Somaliers ab, da er nicht nachweisen konnte, in seinem Heimatland politisch verfolgt zu werden. Abdirahman J. hatte angegeben, er habe einen Handgranatenanschlag der somalischen Terrormiliz Al Shabaab verhindert und deshalb fliehen müssen. Das war offenbar kaum glaubhaft, dennoch bekam Abdirahman J. subsidiären Schutz. Er gelte für Geflüchtete, wenn sie Gründe

nennen können, „dass ihnen in ihrem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht“, sagt das Bamf. Im vergangenen Jahr ging die Münchener Generalstaatsanwaltschaft einem Verdacht gegen Abdirahman J. nach, den ein Asylbewerber telefonisch geäußert hatte. Demnach soll J. bei Al Shabaab mitgemacht haben. Die Generalstaatsanwaltschaft legte den Fall der Bundesanwaltschaft vor. Diese sah keine Anhaltspunkte für einen Anfangsverdacht. Aus den Angaben des Anrufers war zu schließen, J. sei im Alter von elf oder zwölf Jahren bei Al Shabaab gewesen. „Das wäre in Deutschland strafrechtlich nicht zu ahnden“, sagte der Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft München.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Immer mehr Nebenwirkungen durch Corona-Impfungen

Die US-Arzneimittelbehörde FDA hat vor einem „erhöhten Risiko“ einer seltenen Nervenerkrankung bei einer Impfung mit dem Corona-Vakzin des Pharmakonzerns Johnson & Johnson gewarnt. Die FDA aktualisierte am Montag ihren Warnhinweis, nachdem dutzende Fälle des sogenannten Guillain-Barré-Syndroms gemeldet worden waren. Nach Angaben aus informierten Kreisen gibt es 100 vorläufige Berichte über ein Auftreten der neurologischen Krankheit mit Lähmungserscheinungen – bei rund 12,5 Millionen verabreichten J&J-Impfdosen. In 95 Fällen mussten die Patienten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein Mensch starb. In den USA gibt es jährlich zwischen 3000 und 6000 Fälle des Guillain-Barré-Syndroms. Die entzündliche neurologische Erkrankung führt zu Muskelschwäche bis hin zu Lähmungen. Die meisten Patienten erholen sich wieder. Auch bei einigen Grippe-Impfungen wurde ein Auftreten des Syndroms beobachtet.

Der neue Warnhinweis der FDA ist ein weiterer Rückschlag für Johnson & Johnson. Im April war der Einsatz des Corona-Impfstoffs des US-Pharmakonzerns in den USA zwischenzeitlich ausgesetzt worden, nachdem vor allem bei jüngeren Frauen vereinzelte Fälle von seltenen Blutgerinnseln aufgetreten waren. Die Behörden kamen aber zu dem Schluss, dass die Vorteile der Impfung die Risiken klar überwiegen. Für Schlagzeilen sorgte zudem eine größere Produktionspanne in einem Werk in der US-Stadt Baltimore.

Deutlich mehr Migranten kommen über den Ärmelkanal

Bereits jetzt erreichten 8417 Migranten die englische Küste - mehr als im gesamten Jahr 2020. Erst am Tag zuvor gab es einen neuen Tagesrekord: 430 Personen überquerten den Ärmelkanal - rund 50 in einem einzigen Schlauchboot.

Die Zahl der Migranten, die den Ärmelkanal in kleinen Booten illegal vom Kontinent nach England überquert haben, ist bereits jetzt höher als im gesamten vergangenen Jahr. Das geht aus Zahlen des britischen Innenministeriums hervor. Demnach erreichten bis Dienstag mindestens 8452 Migranten die englische Küste. Im gesamten Jahr 2020 wurden 8417 Menschen gezählt, die den gefährlichen Weg über die Meerenge genommen hatten. Angesichts der Zuspitzung verständigten sich Paris und London nach französischen Angaben auf einen verstärkten Kampf gegen die illegale Migration, wie die Regierung in Paris am Dienstag mitteilte. Es werde mehr Sicherheitskräfte an der französischen Küste geben, kündigte Innenminister Gérald Darmanin nach einer Videokonferenz mit seiner britischen Kollegin Priti Patel an. London werde Paris bis nächstes Jahr mit einem Betrag von 62,7 Millionen Euro unterstützen. Die britische Regierung will mit aller Kraft gegen die Überfahrten vorgehen und ruft auch immer wieder Frankreich dazu auf, stärker dagegen aktiv zu werden. Man werde „entscheidende Schritte unternehmen, um gegen das Problem illegaler Migration vorzugehen“, hieß es. Das dürfte aber zur Folge haben, dass auch wieder mehr Migranten nach Deutschland kommen wollen.

REP führten Parteitage in NRW erfolgreich durch

Auf einem Landesparteitag in NRW stellten DIE REPUBLIKANER ihre Kandidaten für die Landtagswahlen im Mai kommenden Jahres auf und wählten auf einem weiteren Parteitag einen neuen Landesvorstand. Damit startet der Verband in die nächsten Wahlkämpfe. Den Landesverband führt nunmehr Dipl. Ing. Feldmann an, der ebenfalls auf der Landesliste unserer Partei kandidiert.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.
Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.